

*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHTEN

*
*

* * * * *

AUSSENPOLITIK

*
*

* * * * *

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

*(1)

Bundesrechnungshof hilft China beim Ausbau des Prüfungswesens

Der Bundesrechnungshof will der Volksrepublik China zusammen mit der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) beim Aufbau eines umfassenden Systems der Rechnungsprüfung weiter unterstützen. Dies erklärte der Präsident des Bundesrechnungshofs, Karl Wittrock, nach einem Besuch des Obersten Rechnungshofes in Beijing. Wittrock äußerte sich nach seiner Rückkehr beeindruckt, daß nach nur zwei Jahren Aufbauzeit in China ein System der Rechnungsprüfung aufgebaut worden sei. Auf allen Verwaltungsebenen seien inzwischen 3.000 Rechnungsprüfungsorgane mit mehr als 24.000 Mitarbeitern tätig. Das interne Prüfungswesen in Betrieben und Verwaltungsorganen habe mehr als 6.000 Mitarbeiter. (Ostinformationen 26.4.1985) -lou-

WESTEUROPA

*(2)

Sino-britische Vereinbarung über Hongkong vom chinesischen Parlament ratifiziert

Am 10. April hat der Nationale Volkskongreß (Parlament) der VR China einstimmig die im Dezember des vorigen Jahres von London und Beijing unterzeichnete Vereinbarung über die Zukunft Hongkongs nach 1997 ratifiziert. Auf der britischen Seite wurde die Ratifizierung noch Ende des letzten Monats in beiden Häusern des Parlaments durchgeführt. Mit der Unterzeichnung durch die Staatsoberhäupter wird der Austausch der Ratifikationsurkunden als letzter Akt des völkerrechtlichen Verfahrens im Mai erwartet, danach tritt der Vertrag in Kraft. Gleichzeitig sollen gemäß Vertrag für die Übergangszeit eine gemeinsame Liaisongruppe und eine Land-Kommission für die Lösung technischer Probleme der Übergabe Hongkongs von Großbritannien an China gegründet werden.

Da die Ratifikation nur eine Formalität ist, hat sie in Hongkong im Vergleich zu der Paraphierung oder Unterzeichnung des Vertrages im September bzw. Dezember letzten Jahres kaum mehr für Aufregung gesorgt. In Hongkong wartet man nur noch gespannt auf das von Beijing angekündigte Grundgesetz, das die Autonomie Hongkongs und die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsform nach der Beendigung der britischen Kolonie 1997 gewährleisten soll. Bei der Ratifikation des Vertrages hat der chinesische Nationale Volkskongreß gleichzeitig beschlossen, eine Kommission für den Entwurf des Grundgesetzes zu bilden. Dem Vernehmen nach wird sie aus 50 Mitgliedern bestehen, davon ein Drittel aus Vertretern von Hongkong. Nach Worten des stellvertretenden Direktors des Büros für die Angelegenheiten Hongkong-Macau unter dem chinesischen Staatsrat, Li Hou, werden die Mitglieder der genannten Kommission von dem Ständigen Komitee des Nationalen Volkskongresses nach dem gemeinsamen Vorschlag von dem genannten Büro für Hongkong-Macau, dem Rechtsausschuß des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses und dem Büro der XNA in Hongkong benannt. Er glaube nicht, daß Regierungsbeamte Hongkongs für die Mitgliedschaft in der Kommission zum Entwurf des Grundgesetzes geeignet seien. Andererseits wolle er aber die Ernennung von Mitgliedern des chinesischen Nationalen Volkskongresses oder der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes aus Hongkong zum Mitglied der Kommission für den Entwurf des geplanten Grundgesetzes nicht ausschließen. Die Entwurfsarbeit soll fünf Jahre lang dauern, d.h. das Grundgesetz kann erst 1990 verkündet werden (TKP, 11. bis 17.4.85). -ni-

ASIEN

*(3)

Hu Yaobang besucht fünf südpazifische Länder

Vom 12. bis 24. April unternahm der chinesische Generalsekretär eine Reise nach Australien (13.-17.4.), Neuseeland (18.-20.4.), Westsamoa, Fidschi und Papua-Neuguinea. Er besuchte insgesamt zwölf Städte und führte Gespräche sowohl mit Regierungsvertretern als auch Oppositionsparteien, mit Industriellen und Vertretern kultureller Einrichtungen. Ziel der Reise sei es, den dortigen Ländern klar zu machen, daß China mit ihnen auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zusammenarbeiten, daß es im Südpazifik keine militärische Rolle spielen wolle, daß es die Pläne über eine kernwaffenfreie Zone im dortigen

Bereich unterstütze und daß es auch seine Wirtschaftsbeziehungen dorthin ausbauen wolle. Länder wie Samoa, Fidschi und Papua-Neuguinea seien keineswegs "unwichtig", vielmehr fühle sich China mit ihnen "gleichberechtigt" (sic!). Die Gespräche Hus bewegten sich eher im Allgemeinen. Lediglich in Australien wies er darauf hin, daß das bilaterale Handelsbilanzdefizit von bisher bereits 5 Mrd. US\$ auf die Dauer die Zahlungsfähigkeit Chinas in Frage stellen könne. China erwarte zwar keine völlig ausgeglichene Bilanz, aber doch etwas mehr Gleichgewicht. (Der australisch-chinesische Handel bewegt sich z.Z. bei jährlich rd. 1 Mrd. US\$.) In Australien unterzeichnete er ferner ein Memorandum über die Zusammenarbeit in der Stahl- und Eisenindustrie und ein Abkommen über Pflanzenquarantäne sowie über die Errichtung zweier weiterer Generalkonsulate in Melbourne und Perth. In Sydney besteht bereits eine solche Vertretung. Australien wird in China ebenfalls zwei weitere Generalkonsulate errichten. Die Gespräche mit den drei pazifischen Kleinstaaten waren höchst "flüchtig". Um sich allerdings in Erinnerung zu behalten, hinterließ Hu als "Geste der Freundschaft des chinesischen Volkes für das Volk von Fidschi" einen Scheck über 800.000 US\$. Im übrigen hieß es dort, wie auch in Papua-Neuguinea und Samoa, daß China und die Gastländer "im Großen und Ganzen die gleiche Ansicht zu den weltpolitischen Angelegenheiten" verträten. (XNA, 12.-25.4.85) -we-

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

*(4)

Zum 40. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkriegs und zum 30. Jahrestag der Bandung-Konferenz:

China als Fürsprecher einer planetarischen Friedensbewegung
"Frieden und Entwicklung" sind die vorrangigen Ziele der chinesischen Innen- und Außenpolitik, heißt es seit einigen Monaten, vor allem aber seit der Rede Außenminister Wu Xueqians vor der 39. UNO-Vollversammlung am 26. September 1984 und erneut seit der oben genannten zwei Gedenktage.

China nimmt deshalb jede Gelegenheit wahr, um seine Botschaft des "Baus einer Großen Mauer zur Wahrung des Weltfriedens" zu verkünden, so z.B. anlässlich der Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben vom 1.-9. August 1984 in Japan (XNA, 3.8.84), bei der Genfer Abrüstungskonferenz, die z.B. im Sommer 1984 unter Teilnahme von 40 Ländern stattfand und bei den Sitzungen sämtlicher einschlägiger Ausschüsse der UNO.

China werde, versicherte Generalsekretär Hu Yaobang, "an sämtlichen Kampagnen gegen die Kernwaffen" überall in der Welt teilnehmen (BRu 1983, Nr.45, S.7 f).

Seit dem 15. August 1983 gibt es einen eigenen chinesischen Botschafter für Abrüstungsfragen, der sowohl in New York als auch in Genf tätig sein soll: Qian Jiadong (XNA, 16.8.83).

Drei Maßnahmen schlug der chinesische Vertreter bei der oben genannten Tokyoter Weltkonferenz zur Friedenswahrung vor:

- Die Völker aller Länder sollten mit unterschiedlichen Aktionsformen gegen die Kernwaffenpolitik der beiden Supermächte auftreten und eine Reduzierung der Bestände verlangen.
- Alle "friedliebenden" politischen Parteien, Volksorganisationen und Massenmedien sollten unverzüglich das Hegemoniestreben der beiden Supermächte "entlarven".
- Die Friedensbewegungen und -organisationen der verschiedenen Länder sollten im Sinne dieser Ziele immer enger zusammenarbeiten (BRu 1984, Nr.32, S.19).

Inzwischen hat China die noch während der Mao-Zeit vertretene These von der Unvermeidbarkeit eines Dritten Weltkriegs verworfen (dazu ein Gespräch der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft vom 14. Juli 1983 mit Wang Bingnan, dem Präsidenten der Gesellschaft des chinesischen Volkes für die Freundschaft mit dem Ausland, Das Neue China, 1983, Nr.3).

Anfang Juni 1985 wird die Chinesische Gesellschaft für internationale Verständigung in Beijing ein Forum über die Wahrung des Weltfriedens veranstalten. Ziel des Forums, an dem 50 Vertreter ausländischer Friedensorganisationen teilnehmen (XNA, 10.1.85), sei die Verstärkung der Zusammenarbeit der Gesellschaft mit der internationalen Friedensbewegung, den Friedensorganisationen und den friedliebenden Völkern in anderen Ländern. Es sollten dort Meinungen ausgetauscht, jedoch keine Resolutionen gefaßt werden. (XNA, 28.11.1984) Außerdem steht die Führung in Beijing auf dem Standpunkt, daß ein "starkes China dem Weltfrieden dient" (BRu 1985, Nr.11, S.7). Diesem Ziel werde auch die "friedliche Lösung der Hongkong- und Taiwanfrage" dienen (BRu 1984, Nr. 39, S.10). Was China unternimmt, ist m.a.W. a priori friedlich.

Schon in den vergangenen Jahren seien von der Verständigungsgesellschaft über 100 Friedensgrup-

pen aus Asien, Lateinamerika, Europa, Nordamerika und Ozeanien empfangen worden.

Fast gleichzeitig mit der Ankündigung des Weltfriedenskongresses wurde auch bekanntgegeben, daß die VR China im November 1986 eine internationale Waffenschau in Beijing sowie eine gleichzeitige internationale Konferenz über die Entwicklung der Rüstungstechnologie veranstalten will. Dies ist die Kehrseite der Medaille!

Die chinesische Friedensphilosophie wurde neuerdings im Zusammenhang mit zwei großen Festtagen besonders hervorgehoben, nämlich anlässlich des 40jährigen Jubiläums zur Beendigung des 2. Weltkriegs (die "historische Lehre" daraus sei die Forderung "Nie wieder Krieg") und die Gedenkfeier zum 30. Jahrestag der Afro-asiatischen Konferenz von Bandung (24./25. April 1955). Außenminister Wu Xueqian, der an dieser Gedenkfeier teilnahm, betonte, daß China nie andere Länder bedrohen und nie nach Einflußsphären trachten werde; vielmehr halte es sich entschieden an die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und die Zehn Prinzipien der Bandung-Konferenz. -we-

*** (5)
In Zukunft wird es keine Pandabären mehr als Freundschaftsgeschenke geben**

China hat bisher neun Ländern, darunter den USA, Japan, Großbritannien und der Bundesrepublik, insgesamt 23 Pandas als "Freundschaftsboten" geschenkt - zwei davon gingen in den Berliner Zoo.

Nachdem der World Wildlife Fund die noch vorhandenen Bestände in China auf nur rd. tausend Große Pandas beziffert und die Pandas zu den zehn vom Aussterben bedrohten Tierarten deklariert hatte, hat die Regierung beschlossen, den Symbolwert des Bären künftig nicht mehr in den Dienst der Außenpolitik zu stellen. -we-

INNENPOLITIK

*
*
* * * * *

*** (6)
3. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses**

Der VI. Nationale Volkskongreß (NVK) trat vom 27. März bis 10. April 1985 in Beijing zu seiner 3. Tagung zusammen. An der alljährlich stattfindenden Plenartagung des chinesischen Parlaments nahmen über 2.700 Abgeordnete teil. Sie stellten im Verlauf der Tagung 128 Gruppenanträge und

machten 2089 Einzelvorschläge zu den verschiedensten Bereichen. Im Mittelpunkt der NVK-Tagung standen wirtschaftliche Fragen (siehe hierzu den Artikel von Erhard Louven in diesem Heft). Eine Reihe von NVK-Abgeordneten äußerte sich kritisch über die hohe Inflationsrate, die Verwicklung von Führungskadern in "neuartige falsche Tendenzen" und über eine zu positive offizielle Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Situation auf dem Land.

Dem Nationalen Volkskongreß gehören gegenwärtig 2.968 Abgeordnete an - weitere 10 Nachrücker müssen noch von den Volkskongressen auf Provinzebene bestimmt werden. Die damit nominell 2.978 NVK-Abgeordneten kommen aus 31 Wahleinheiten: den 21 Provinzen, 5 Autonomen Gebieten und 3 provinzfremen Städten, der Gruppe der in der VR China lebenden Taiwaner und aus der Volksbefreiungsarmee. Die NVK-Abgeordneten aus Hongkong und Macao gehören den Parlamentariern aus der Provinz Guangdong an.

Wie üblich fand parallel zur NVK-Plenartagung die alljährliche Plenartagung des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes statt (25.3.-8.4.85).

Die Tagesordnung der 3. Tagung des VI. NVK umfaßte folgende Punkte:

1. Bericht über die Arbeit der Regierung von Ministerpräsident Zhao Ziyang (Wortlaut in: RMRB, 12.4.85; NVK-Beschluß hierüber in: RMRB, 11.4.85).
2. Bericht über den Plan für die volkswirtschaftliche und soziale Entwicklung im Jahre 1985 vom Vorsitzenden der Zentralen Planungskommission Song Ping (Wortlaut in: RMRB, 13.4.85).
3. Bericht über den Staatshaushalt 1984 und das Haushaltsbudget für 1985 von Finanzminister Wang Bingqian (Wortlaut in: RMRB, 13.4.85; siehe auch RMRB, 6.4.85).
4. Bericht über die Arbeit der Obersten Volksstaatsanwaltschaft (Wortlaut in: RMRB, 16.4.85).
5. Bericht über die Arbeit des Obersten Volksgerichtshofs (Wortlaut in: RMRB, 16.4.85).
6. Bericht über die Arbeit des Ständigen Ausschusses des VI. NVK (Wortlaut in: RMRB, 15.4.85).
7. Verabschiedung des Erbschaftsgesetzes der Volksrepublik China (Text, Erläuterungen und Kommentar in: RMRB, 14.4.85).